

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Corona hat die Welt verändert. Der Lockdown hat die breite Bevölkerung mit Quarantänen isoliert, bis hinein in die Familien. Masken- und Impfeempfehlungen sind vom „Vater Staat“ angesagt, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Diese Fürsorge zeigt Wirkung. Trotz Lockerungen wird die Normalität eine andere sein als vor Corona. Politisch empfinden wir, verwaltet zu werden. Wenn die Obrigkeit der Ansicht ist, künftig auf Reputation zu bauen, bringt uns das nicht weiter. Ob die **nächste Regierung** brauchbare Veränderungen anschiebt, wird sich nach der Kabinettsbildung zeigen. Der deutsche Mittelstand hält „Made in Germany“ noch hoch – aber wie lange noch? Viele Jahre stand Deutschland beim Maschinenbau auf Platz 1 der Welt. Zwischenzeitlich wurden wir von China verdrängt. Die bisher stabilen Lieferketten sind instabil und wenn wir den Edelstahlmarkt betrachten: In 50 Jahren seiner Tätigkeit hat der Schreiber dieser monatlichen Info so etwas noch nicht erlebt. In Kurzfassung: Die verfügbaren Mengen sind mehr als knapp, die Preise sind exorbitant gestiegen und Lieferzeiten bis ins 2. Halbjahr 2022 sind keine Seltenheit. Wann der „Knall“ zum Senkrechtabsturz kommt, kann niemand sagen. Der Auftragseingang der stahlverarbeitenden Industrie ist mehr als gut. Aber was nützt es, wenn Lieferprobleme des Vormaterials den Auftragsboom abwürgen? Wenn darüber hinaus die Politik Importmaterial ex Fernost mit „Schutzzöllen“ belegt, ist das für einen normal denkenden Menschen nicht zu verstehen. Das ist Gift für die Industrie und treibt die Verbraucherpreise in die Höhe. Der langsame Ausbau von Photovoltaik und Windkraft lässt Strom aus fossilen Kraftwerken weiter fließen. Demonstrationen der Klimaschützer, die fixe Ausstiegsdaten fordern, sind wenig nützlich. Es sollte die Umsetzung des machbaren in die Diskussion rücken, d.h. Kohle raus, erneuerbare Energien rein. Der Strombedarf wird steigen und damit auch der CO₂-Preis. Den trägt schlussendlich der Verbraucher. Schnellere und unbürokratische Genehmigungsverfahren für Erneuerbare sind das Gebot der Stunde.

Viele, die zurzeit den Rüssel aus der Ladesäule für fossile Brennstoffe ziehen, bekommen schlechte Laune. Diesel 1,549 €/Liter, Super 1,709 €/Liter. Es geht weiter, denn der Öltank ist leer – bis 90 € /100 Liter. Wenn man den Strompreis auf der Rechnung sieht, oder auch Gas, dann muss man wertfrei feststellen, das ist die **Energiewende**. Russland schickt nicht mehr Gas als vertraglich vereinbart. Nur so kann man Druck zur Zertifizierung auf die deutsche Netzagentur ausüben, damit erreicht wird, dass Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird. Das reicht aber nicht, denn der „Segen“ aus Brüssel ist ebenfalls erforderlich. So geht das Pokerspiel weiter und die Folgen werden die chemische, die Stahl- und andere Industrien in der anstehenden kalten Jahreszeit zu spüren bekommen. Die alte Regierung wollte das bewusst so, damit man weg von fossilen und hin zu emissionsfreien Energiequellen kommt. Das scheint uns zu kurz gedacht, denn Unternehmen, welche die sprunghaft gestiegenen Kosten nicht „stemmen“ können, wird die Insolvenz drohen. Für die Gesamtwirtschaft bedeutet das Stillstand, wenn nicht sogar Rückgang. Bei den Wählern wird diese Politik keinen Zuspruch finden und das neue Kabinett (mit wahrscheinlicher Beteiligung der Grünen) wird umschwenken müssen. Man müsste die EEG-Umlage abschaffen, die Stromsteuer senken, denn Strom ist kein Luxusgut. Deutschland verknappt beim Emissionshandel die Zertifikate, was Preisanstieg bedeutet. Das zwingt deutsche Produzenten, sich im Ausland nach kostengünstigeren Standorten umzusehen. In Relation zu 1990 will man bis 2030 55% weniger

Treibhausgase ausstoßen. Die EU hat im Programm „Fit für 55“ Vorgaben für erneuerbare Energien gemacht. Aber auch hier wurde nicht zu Ende gedacht, denn die Umsetzung fehlt. Großbetriebe trifft es nicht so hart, weil die Puffer eingebaut haben. Kleine Unternehmen schon und bekanntlich wird die deutsche Wirtschaft vom Mittelstand, der immerhin 8 Millionen Arbeitsplätze stellt, getragen. Beim Strom bekommen große Unternehmen Rabatte, aber kleinere Unternehmen sowie der private Verbraucher gehen leer aus. Der Unternehmer kann durch Digitalisierung an der Kostenschraube drehen. Es wird sich zeigen, ob das reicht. Der „Green Deal“ der EU klingt wunderbar, nur liest man nichts davon, woher der gesamte benötigte grüne Strom kostengünstig herkommen soll. Der grüne „Vorturner“ Robert Habeck hat bereits verlauten lassen, dass 2 Billionen €¹ notwendig sind, um von der heutigen Art des Wirtschaftens hin zur Klimaneutralität in der Zukunft zu kommen. Wenn seit Anfang 2021 ein deutsches Unternehmen 25 € für jede ausgestoßene Tonne CO₂ zahlen muss und 2025 bis 55 €/Tonne, bleibt nichts anderes übrig, als Alternativen zu suchen. Eine der Kernaufgaben der neuen Regierung wird sein, den teuren Klimaschutz kostenmäßig abzufedern. Die Politik muss Weichen stellen, damit wir uns von der gestrigen Welt verabschieden, um zu einer veränderten Welt von morgen zu gelangen.

Noch immer schätzen mehr als 50% der Europäer den freien Personen-, Dienstleistungs- und Güterverkehr innerhalb der **EU**. Wir haben Frieden zwischen den Mitgliedsländern, was man als Errungenschaft nicht hoch genug bewerten kann. Die Statistik sagt zwar, dass sich 70% der befragten EU-Bürger als Europäer fühlen. Wir halten es aber mit Winston Churchill, der sagte: Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe. Wir bezweifeln, dass sich ca. 70% als EU-Bürger fühlen, weil neben den Sprachen, der Geschichte, den Kulturen und den Werten die Menschen in den verschiedenen Nationen zu unterschiedlich sind. Die ausgetretenen Briten haben an dem Fundament Europas mächtig gerüttelt. Von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik, Flüchtlings- und Asylpolitik sind wir weit entfernt. Euroskeptiker und populistische Parteien befinden sich im Aufwind. Ungarn unter Führung Viktor Orbán von der Fidesz-Partei entfernt sich seit 10 Jahren von der Demokratie und zeigt die Funktionsstörungen der EU auf. Tschechien, die Slowakei, aber besonders Polen wurden bereits angezählt. Sie gelten als Achillesferse Europas. Deshalb regte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte an, zunächst Ungarn aus der EU auszuschließen. Die im Juni dieses Jahres gegründete Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) soll Betrug, Unterschlagung von EU-Geldern und andere Verbrechen in allen Ländern aufklären. Kurzfristig sollen Zahlungen aus EU-Mitteln an Ungarn und Polen eingestellt werden und das Stimmrecht im Europäischen Rat will man ihnen entziehen, wenn sie nicht zur Demokratie zurückkehren. Im Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 02.03.2021 steht geschrieben, dass EU-Recht Mitgliedsstaaten zwingen kann, einzelne Vorschriften im nationalen Recht außer Acht zu lassen. Dem hat das polnische Verfassungsgericht in diesem Monat widersprochen und es kam zum Eklat. Es sollte für die Polen klar sein, dass sie kein Geld aus der „EU-Kasse“ bekommen, wenn sie föderale europäische Rechtseinheiten missachten. Die 38 Millionen Polen sind Empfänger mit der höchsten Summe an EU-Fördergeldern. Bestimmt ist das nicht die Meinung des polnischen Volkes, aber der Abgeordnete der PiS-Partei sagte kürzlich: Polen hat im Zweiten Weltkrieg die deutschen Besatzer bekämpft. Wir werden auch die Brüsseler Besatzer bekämpfen. Auch bei anderen EU-Mitgliedsstaaten wird Solidarität und Gemeinschaftssinn mehr oder minder großgeschrieben. Die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen der Finanz- und Schuldenkrise haben die EU-Staaten noch längst nicht verkräftet.

¹ Die Studie der Unternehmensberatung McKinsey „Net-Zero Deutschland“ gibt die Umstellung bis 2045 auf CO₂-Neutralität mit 5 Billionen € an.

Viel Steuergeld hat die Corona-Pandemie gekostet und noch mehr wird der **Klimaschutz** verschlingen. Klar ist, dass die Schulden von heute durch Steuern von morgen auszugleichen sind. Laut UN Department of Economic and Social Affairs wird die Weltbevölkerung von 2015 bis 2050 um über 32% ansteigen, Europa allerdings ist die einzige Region der Welt, für die in diesem Zeitraum ein Minus von 3,5% angenommen wird. Der künftigen deutschen Generation reden die Politikerinnen und Politiker „Nachhaltigkeit“ ein und hängen ein „grünes Mäntelchen“ darum. Dazu ist es nach deren Meinung nötig, viele Schulden zur Erreichung der Klimaziele zu machen. Dieser Meinung schließen wir uns nicht an, meinen aber, dass es ein Muss ist, der Nachwelt Deutschland klimatisch sauber und wirtschaftlich gesund zu hinterlassen. Dazu sind Rahmenbedingungen der Politik nötig wie Reformierung des Steuersystems und der Sozialversicherungssysteme, Abschaffung der Subventionen, die mit der „Gießkanne“ verteilt werden, Einschläferung des Amtsschimmels der Bürokratie, Ausbau der Digitalisierung / Künstliche Intelligenz (KI) sowie der Infrastruktur. Energiepolitik, die über CO₂-Zertifikate den Emissionshandel regelt. Vielleicht findet man dazu Anregung Anfang November auf der Messe in Nürnberg². Auf jeden Fall hat die künftige Regierung eine Menge zu tun und sie sollte es schnellstens anpacken und nicht liegen lassen!

Eingangs haben wir die aktuellen Energiepreise genannt. Das ist nicht alles. Lebensmittel, Mieten, Dienstleistungen u.a.m. haben sich verteuert und mit 4,1% Anstieg der Verbraucherpreise im September dieses Jahres ist das der größte Sprung seit dem Wiedervereinigungsboom 1992. Die EZB in Frankfurt reagiert gelassen und einige Ökonomen sehen für dieses Jahr eine 5 vor dem Komma, aber für nächstes Jahr einen deutlichen Rückgang. Was ist **Inflation**³ oder die häufig genannte **Stagflation**⁴? Da wir von der Stagflation (noch) entfernt sind, stellt sich die Frage, warum die Preise aktuell schneller steigen als bisher:

- Die Dekarbonisierung (Abkehr von fossilen Brennstoffen zur Energieerzeugung)
- Der demografische Wandel, den wir im Augenblick in allen Industrieländern erkennen und damit verbunden der Arbeitskräftemangel, der die Löhne nach oben treibt
- Die sprunghaft angestiegene Staatsverschuldung

Auch bei weiter steigender Inflation ist die EZB nicht bereit, die Zinsen zu erhöhen, weil dann die Schuldenlast von einigen europäischen Staaten (z.B. Italien) nicht mehr zu finanzieren wäre. Eine höhere Preissteigerungsrate ist für den Staat insofern willkommen, als ein Teil ihrer Schulden weginflationiert wird. Dauerhaft steigende Preise, wenn die Zinsen allerdings im Gleichschritt nicht mitmarschieren, wären eine schleichende Teilenteignung aller Anleger, die einen Teil ihrer Ersparnisse in festverzinsliche Wertpapiere investiert haben. Was viele Bundesbürger nicht wissen: Kapitallebensversicherungen müssen aufgrund von Regulierungsvorgaben einen erheblichen Teil ihres Kapitals in Staatsanleihen stecken.

² Innovationskongress 21 und Erfindermesse „iENA“ 04./05.11.2021, „Hack & Make“ 06./07.11.2021 jeweils Messe Nürnberg

³ Inflation beschreibt den stetigen Anstieg des Preisniveaus einer Volkswirtschaft. Der Wert des Geldes sinkt bei der Inflation und die Kaufkraft des Geldes wird verringert (Gegenteil: Deflation). Kurz gesagt: Der Euro ist weniger wert.

⁴ Stagflation setzt sich aus den Begriffen „Stagnation“ und „Inflation“ zusammen und beschreibt eben jene Verbindung zweier wirtschaftlicher Phänomene: Bei einer Stagflation geht ein sehr geringes oder abnehmendes Wirtschaftswachstum (Stagnation) einher mit steigenden Preisen (Inflation). Es gibt eine zweite Definition, nämlich das Zusammentreffen von Arbeitslosigkeit und Inflation.

- Rasant gestiegene Ölpreise
- Die neue CO₂-Abgabe
- Rückkehr zum alten Mehrwertsteuersatz
- Steigende Importpreise aufgrund der Deglobalisierung

Da das Thema viel komplexer ist, haben wir es hier nur stichwortartig zusammengefasst. Die EZB macht es sich insofern einfach, als die Toleranzgrenze (die bisher bei 2% lag) nach oben erweitert wird. Auf keinen Fall darf die EZB mit Maßnahmen gegensteuern, die eine sich erholende Konjunktur abwürgt. Die nächsten Monate werden zeigen, ob sich die EZB ihrem Mandat der Preisstabilität verpflichtet fühlt.

Optisch stellt sich Deutschland gerne groß dar. So ist z.B. die Staatskanzlei in München größer als das Weiße Haus in Washington. Das neue XXL-Parlament mit 735 deutschen Volksvertretern liegt über Indonesien mit 692 Abgeordneten, kommt aber längst nicht an den chinesischen Volkskongress mit 2.980 Personen heran. Seit 20 Jahren wächst der **Bundestag**; hatte er in der vergangenen Wahlperiode lediglich 709 Abgeordnete. Per Gesetz darf der Bundestag nur 598 Mitglieder haben. Deshalb fordert Reiner Holznagel vom Bund der Steuerzahler eine umfassende Reform des Wahlrechts und mit 500 Abgeordneten eine absolute Obergrenze. Diese Reform hat die Politik allerdings bisher ignoriert. Das Parlament kostete den Steuerzahler 2019 knapp 1 Mrd. €. Die Hälfte für „Diäten“, Büro-, Miet-, Versicherungs- und Reisekosten sowie ca. 10.000 € monatliches Gehalt. Warum der Anstieg der Mandatsträger? Das liegt am deutschen Wahlsystem. Die Zweitstimme auf dem Wahlzettel bestimmt den Anteil der Sitze im Parlament. Bekommt eine Partei 20% dieser Stimmen, soll sie auch 20% der Abgeordneten im Bundestag stellen. Doch gewinnt eine Politikerin mit der Erststimme ihren Wahlkreis, darf sie ebenfalls direkt einziehen. Obwohl die großen Parteien insgesamt an Zustimmung verlieren, holen sie dennoch zahlreiche Direktmandate mehr, als ihnen nach Zweitstimmen an Sitzanteilen im Parlament zustehen. Es entstehen sogenannte Überhangmandate. Damit dadurch die von den Wählerinnen und Wählern per Zweitstimme beschlossenen Mehrheitsverhältnisse nicht durchbrochen werden, gibt es für die anderen Parteien sogenannte Ausgleichsmandate. Noch etwas schlägt zu Buche: Die Linke schafft es nur auf 4,9% der Zweitstimmen, gewinnt aber drei Wahlkreise direkt. Daher greift die sogenannte Grundmandatsklausel – wer drei Mandate in Wahlkreisen direkt holt, für den gilt die 5%-Hürde nicht. Die Linke zieht mit 39 Abgeordneten in den Bundestag ein. Die Sitzverteilung im neuen Bundestag:



Quelle: www.bundestag.de/

Unternehmerischen Sachverstand findet man selten im Parlament. Künftig gibt es dort nur 51 Unternehmer.

Abschließend zu dem Minister, der in der laufenden Legislaturperiode das meiste Steuergeld verbrannt hat – A.Sch. (Andreas Scheuer). Sein letztes Kabinettsstück ist die Mobilfunkinfrastruktur-Gesellschaft, die außer Geld ausgeben, ein Jahr, nachdem sie ins Leben gerufen wurde, nichts bewirkt hat. 30,7% der der Erststimmen im Wahlkreis Passau reichen, damit er wieder in den Bundestag einziehen kann.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Am 12. dieses Monats schrieb das Handelsblatt, dass die Preisrally bei **Rohstoffen** sich weit ins Jahr 2022 hinein fortsetzt. Die horrenden Mehrkosten beim Einkauf bremsen die wieder angesprungene Konjunktur. Kann ein Unternehmen die Kosten weitergeben, ist das ok. Wenn nicht, droht die Insolvenz.

Es gibt verschiedene Gründe für bisherige Fernost-Anbieter von rost- und säurebeständigen Edelstahlblechen und -bändern, sich aktuell vom europäischen Markt zu verabschieden. Europäische Anbieter sind ebenfalls bei Terminen in der 2. Hälfte 2022. Einkäufer, die das immer noch nicht glauben wollen, werden in einigen Wochen die bittere Realität spüren. Niemand sollte glauben, dass eine solche Situation beim Verkäufer hämische Freude hervorruft. Jede verfügbare Menge wird zurzeit verkauft und der Preis ist zweitrangig. Bereits abgeschlossene Verträge werden aktuell von Lieferanten zurückgegeben, weil man bereits heute die Unmöglichkeit der Lieferung erkennt.

Bei Rohstoffen wie Nickel oder Molybdän haben einige Anleger ihre Gewinne mitgenommen. Für das 4. Quartal 2021 wurde der **Ferrochrom**-Preis von den Anbietern um über 15% erhöht. **Nickel** wird an der LME über 20.000 US\$ gehandelt und **Molybdän** ist ebenfalls stabil. Die Schrottpreise in der nachstehenden Tabelle sprechen eine deutliche Sprache. Wir sind überzeugt, dass die Legierungszuschläge für Ferrite (z.B. 1.4016), Austenite (z.B. 1.4301) und stabilisierte Stähle (z.B. 1.4404) bis zum Jahresende (ausgehend von heute) angehoben werden.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME to	Nickel €/100 kg
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
01.02.2021	1,2136	17.807	17.855	248.856	1.475
01.03.2021	1,2075	18.655	18.675	250.584	1.549
01.04.2021	1,1744	16.001	16.048	259.182	1.363
04.05.2021	1,2073	17.861	17.885	261.996	1.486
01.06.2021	1,2223	18.147	18.187	246.444	1.485
01.07.2021	1,1859	18.082	18.078	231.498	1.522
02.08.2021	1.1870	19.725	19.713	213.120	1.659
01.09.2021	1.1806	19.541	19.468	192.456	1.654
01.10.2021	1.1596	18.125	18.100	156.234	1.563
20.10.2021	1.1644	20.035	19.960	143.502	1.724

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	557	06/20	609	620	701	758	823	821	835	860	897	957	965	980	
4301	05/20	1.278	12/20	1.516	1.594	1.720	1.851	1.853	1.786	1.854	1.901	2.024	2.166	2.193	2.187	
4404	05/20	1.852	12/20	2.175	2.270	2.421	2.621	2.650	2.543	2.660	2.902	3.191	3.350	3.426	3.383	
4509	09/20	689	06/20	739	761	846	898	961	961	974	1.000	1.057	1.135	1.149	1.173	
4521	09/20	905	03/20	1.058	1.046	1.138	1.232	1.340	1.322	1.363	1.557	1.732	1.794	1.842	1.830	
4539	05/20	3.272	12/20	3.975	4.128	4.355	4.724	4.726	4.508	4.742	5.200	5.749	6.030	6.179	6.078	
4571	05/20	1.876	12/20	2.209	2.305	2.462	2.666	2.693	2.584	2.701	2.943	3.236	3.399	3.476	3.432	

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	669	06/20	730	742	841	911	988	988	1.003	1.032	1.076	1.148	1.158	1.176	
4301	05/20	1.534	12/20	1.819	1.910	2.064	2.222	2.224	2.146	2.226	2.281	2.429	2.599	2.628	2.624	
4310	05/20	1.442	12/20	1.692	1.780	1.926	2.075	2.084	2.017	2.090	2.143	2.280	2.440	2.467	2.472	
4404	05/20	2.222	12/20	2.610	2.722	2.905	3.146	3.181	3.054	3.193	3.482	3.829	4.020	4.109	4.060	

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	03/20	280	12/20	320	380	410	440	450	460	500	520	550	560	560		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/20	850	12/20	1.190	1.300	1.430	1.370	1.380	1.390	1.500	1.550	1.620	1.650	1.750		
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	04/20	1.300	12/20	1.650	1.740	1.860	1.800	1.850	1.870	2.000	2.150	2.260	2.370	2.500		

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta